

„EU-Richtlinien nicht umgesetzt“

BI „Windkraft im Spessart“ trifft sich mit dem Europaabgeordneten Thomas Mann

Main-Kinzig-Kreis (re). Ein wesentlicher Anteil der politischen Vorgaben wird auf Ebene der Europäischen Union erarbeitet. Für den Vorstand der Bürgerinitiative „Windkraft im Spessart – In Einklang mit Mensch und Natur“ war es deshalb ein wichtiges Anliegen, sich mit dem CDU-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Thomas Mann, über den Ausbau der Windkraft im ländlichen Raum auszutauschen. Dazu trafen sich die beiden BI-Vorstände Michaela Münch und Berthold Andres mit Mann in Gelnhausen.

Münch informierte Mann über den aktuellen Stand des Windkraftausbaus im Main-Kinzig-Kreis. Zu den etwa 100 bereits gebauten oder genehmigten Anlagen werden zurzeit über den Regionalplan Südhessen Vorrangflächen für viele weitere Anlagen mit der heute üblichen Höhe von über 200 Metern im Naturpark Hessischer Spessart festgelegt. Da viele der bereits in Betrieb befindlichen Anlagen außerhalb der jetzt geplanten Vorrangflächen stünden, sei im schlimmsten Fall mit mehreren hundert Windkraftanlagen allein im Naturpark Hessischer Spessart zu rechnen. Im Gegensatz zur hessischen Politik hatte der Bezirkstag von Unterfranken bereits vor über zwei Jahren beschlossen, den Naturpark Bayerischer Spessart von Windkraftanlagen freizuhalten. Dieser Beschluss wurde auch vom Regionalen Planungsverband Main-Spessart/Würzburg bestätigt. Die Regierung von Unterfranken schlägt in der letzten Stellungnah-



Die beiden BI-Vorstände Michaela Münch und Berthold Andres (rechts) mit dem CDU-Europaabgeordneten Thomas Mann in Gelnhausen.

FOTO: RE

me zum zweiten Entwurf des Teilplans Erneuerbare Energien Regionalplan Südhessen eine bilaterale Abstimmung im Hinblick auf das Raumordnungsgesetz vor. Um nun ein länderübergreifendes gemeinsames Vorgehen zum Schutz des gesamten Naturparks Spessart zu forcieren, will Thomas Mann den Kontakt zu den bayerischen Abgeordneten suchen.

Weiteres Thema war die unvollständige Umsetzung der EU-Richtlinien zum Naturschutz bei Windkraftprojekten im Wald. Die BI hält insbesondere bei den Planungen in Flörsbachtal die Umsetzung in Bezug auf die besonders streng geschützten Arten Rotmilan, Schwarz-

storch und Mopsfledermaus für unzureichend. Mann sicherte Unterstützung zu und will Kontakte zu verantwortlichen Gremien auf EU-Ebene herstellen, damit die BI mögliche Defizite im Naturpark Spessart dort direkt vorbringen kann.

Thema war auch die Richtlinie des Europäischen Parlaments über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen. Die EU-Richtlinie von 2003 gewährleistet der Öffentlichkeit das Recht auf Zugang zu Umweltinformationen, die bei Behörden verfügbar sind. Diese sollen umfassend und systematisch unter Einsatz digitaler Medien zugänglich gemacht werden. BI-Vorstand Andres informierte Mann

über die gängige Praxis bei der Planung von Windkraftanlagen im Main-Kinzig-Kreis, die erheblich von der EU-Richtlinie abweiche. Für Mann war nur schwer nachvollziehbar, dass Behörden wie das Regierungspräsidium Darmstadt EU-Vorgaben selbst nach über zehn Jahren immer noch nicht vollständig umgesetzt haben und Umweltinformationen teilweise entweder erst über den Klageweg zugänglich werden beziehungsweise bei Umweltverträglichkeitsprüfungen ausschließlich in Papierform vor Ort in einigen ausgewählten Rathäusern eingesehen werden können. Auch hier sicherte Mann seine Unterstützung zu, um künftig den Zugang zu Informationen zu vereinfachen.

Den Abschluss bildete eine Fahrt zu den Windkraftanlagen an den Vier Fichten und bei Neudorf. Mann schloss sich dabei dem Votum des Kreistages und der CDU Main-Kinzig an, dass ein Ausbau der Windkraft im Hessischen Naturpark Spessart nicht weiter forciert werden sollte, insbesondere da auch von bayerischer Seite der Beschluss stehe, keine Windkraftanlagen im Bayerischen Spessart zuzulassen.

Die Rundfahrt habe aus Sicht der BI auch eindrucksvoll das größte Problem der Stromversorgung durch Windkraft gezeigt: Alle 15 Anlagen hätten dort wegen fehlenden Windes still gestanden. Zur Aufrechterhaltung einer sicheren Stromversorgung müssten deshalb teure Reservekapazitäten und Reservekraftwerke für die Überbrückung der windschwachen Zeiten bereitgehalten werden, deren Kosten auch auf Verbraucher abgewälzt würden.

GNZ
13.09.2017